

Mittwoch, 06. April 2022, Hersfelder Zeitung / Lokales

## Hinz: Sparsam mit Flächen umgehen



Möglicher Platz für neue Firmen: Schenklingfelds Bürgermeister Carl Christoph Möller hatte im vergangenen Jahr eine Machbarkeitsstudie vorgestellt, nach der sich unter anderem die Waldfläche im Hintergrund an der A4 sowie der Kreisstraße zwischen Wippershain und Bad Hersfeld als Gewerbegebiet eignet. ArchivFoto: Jan-Christoph Eisenberg

Der Wald in trage Hessen im besonderen Maße dazu bei, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung und die Lebensgemeinschaft von Tieren und Pflanzen zu erhalten, Nutz-, Schutz-, Klimaschutz- und Erholungsfunktion zu sichern und durch eine nachhaltige pflegliche Bewirtschaftung die Wirtschaft mit wertvollen Rohstoffen zu versorgen, betont Umweltministerin Priska Hinz in ihrem Schreiben an das Bürgerbündnis Bodenschutz Waldhessen.

Im Hessischen Waldgesetz sei festgelegt, den Wald vor schädlichen Einwirkungen zu bewahren und einen Ausgleich zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen. Der Staatswald diene im Besonderen Maße dem Gemeinwohl, Hessen-Forst nehme seine Verantwortung auch für die Vertretung des Waldeigentums sehr ernst, untermauert die Ministerin.

Hinz betont in dem Schreiben zudem, „wie wichtig die Verpflichtung zum sparsamen Umgang mit der Ressource Boden für die Dienststellen und Be-

hörden des Landes Hessen zu sehen ist, die mit Flächen wirtschaften.“ Die dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 enthalte den Grundsatz, dass bis zum Jahr 2020 entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen landesweit auf 2,5 Hektar pro Tag reduziert werde. Dazu enthalte der Plan eine Reihe von Vorgaben, die teilweise auf regionaler oder kommunaler Ebene umzusetzen seien. „Sofern eine Kommune wie zum Beispiel Schenk-lengsfeld Überlegungen zur Ausweisung von neuem Gewerbebauland anstellt, hat sie dem Grundsatz der Reduzierung der Flächenbeanspruchung folgend, ihre Entwicklungsmöglichkeiten daraufhin auf den schonenden Umgang mit der Ressource Boden in dem dafür vorgesehenen öffentlich-rechtlichen Verfahren abzuprüfen“, führt die Ministerin in ihrem Schreiben weiter aus.

Soweit Waldflächen, insbesondere die in der Regionalplanung ausgewiesenen Vorranggebiete für Forstwirtschaft betroffen seien, werde eine Entwicklung aufgrund des Zielkonfliktes zum Regionalplan wie auch nach Einschätzung der Forst- und Naturschutzbehörden zu Landschafts-, Biotop- und Artenschutzgesichtspunkten sehr kritisch gesehen, so die Ministerin weiter: „Ein sparsamer Umgang mit Flächen, das heißt sowohl die effektive Ausnutzung und Reaktivierung vorhandener Gebiete, als auch die achtsame und verträgliche Neuausweisung zukünftiger Bedarfsflächen, sind prinzipielle Vorgehensweisen und Prüfelemente bei der Flächenbewertung, die alle Schutzaspekte und Raumansprüche berücksichtigt und sorgsam abwägt. Fiskalische Interessen zu möglichen Verwertungen der von den Gewerbeplannungen einbezogenen Grundstücke sind für die raumordnerisch zu treffenden Entscheidungen dabei ohne Belang und allenfalls hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit von Interesse.“

„Wir begrüßen sehr, dass Frau Hinz in ihrem Schreiben den hohen Wert der Ressource Boden betont und damit die Arbeit des Bürgerbündnisses unterstützt“, resümiert Martin Püschel, Sprecher des Bürgerbündnisses Bodenschutz, in einer Pressemitteilung. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region müsse endlich vom Flächenverbrauch entkoppelt und bereits „verbrauchter“ Boden sehr viel stärker genutzt werden, fordern die Bodenschützer.

jce